

Für wirksamere und belastbare politische Maßnahmen zur Integration von Migrant:innen in Klein- und Mittelstädten sowie in ländlichen Gebieten der EU: Erkenntnisse aus dem Whole-COMM-Projekt

Policy Brief

Juni 2024

Andrea Pettrachin und Tiziana Caponio, Collegio Carlo Alberto

ZUSAMMENFASSUNG

Dieser Policy Brief **richtet sich an politische Entscheidungsträger:innen der EU**. Ausgehend von den Ergebnissen des Forschungsprojekts Whole-COMM, liefert der Policy Brief Impulse für eine verbesserte Integrationspolitik und anderer Ansätze, die auf Herausforderungen der Teilhabe von Migrant:innen in kleinen und mittelgroßen Städten und ländlichen Gebieten der EU (SMsTRAs) reagieren. Der erste Abschnitt unterstreicht die politische Relevanz des Themas und weist auf die Notwendigkeit wirksamer und widerstandsfähiger politischer Handlungen bei der Integration von Migrant:innen in SMsTRAs hin. Der zweite Teil skizziert mögliche Hinderungsgründe für die Entwicklung ebensolcher Maßnahmen. Abschließend werden spezifische politische Empfehlungen für Entscheidungsträger:innen der EU formuliert, wie ein guter Umgang mit den Herausforderungen im Zusammenhang mit der Integration von Migranten in SMsTRAs gefunden und gefördert werden kann.

Integration von Migrant:innen in kleinen Gemeinden: fragmentierte Politik und segmentierte Verwaltung

Der neue „Pakt für Migration und Asyl“ stellt fest, dass **eine erfolgreiche Integrations- und Inklusionspolitik wesentlicher Bestandteil einer gut geführten und wirksamen Migrations- und Asylpolitik ist**. Der Pakt plädiert auch für „wirksame Maßnahmen zur Schaffung von Anreizen und Unterstützung für die Integration von Personen, die internationalen Schutz genießen“¹. Im EU-Aktionsplan für Integration und Inklusion 2021–2027 heißt es: „Integration und Inklusion sind für die Menschen, die nach Europa kommen, für die lokalen Gemeinschaften sowie für das langfristige Wohlergehen unserer Gesellschaften und die Stabilität unserer Volkswirtschaften von entscheidender Bedeutung“. Eine erfolgreiche Inklusion erfordert Anstrengungen sowohl der neu Angekommenen als auch der Aufnahmegesellschaften und einen **Politikgestaltungsansatz, der mehrere Ebenen anspricht und vielfältige Interessensgruppen einbezieht**. Da „Integration in jedem Dorf, jeder Stadt und jeder Region stattfindet, in der Migranten leben, arbeiten und zur Schule oder einem Sportverein gehen“, **spielt die lokale Ebene „eine Schlüsselrolle bei der Begrüßung und Betreuung der neu Angekommenen in ihrem neuen Land“** (EU-Kommission, 2020, S. 7)². Daher ist es von entscheidender Bedeutung, dass die EU sicherstellt, dass **die lokale Ebene in die Gestaltung und Umsetzung von Integrationsmaßnahmen „umfassend einbezogen“ wird und über die erforderlichen Kapazitäten verfügt** (S. 16).

Die europäische „Flüchtlingskrise“ von 2015 **führte zu einer wachsenden Präsenz von Migrant:innen in kleinen und mittelgroßen Städten und ländlichen Gebieten (SMsTRA)**, oft als eine Auswirkung nationaler Verteilungspolitik für Asylsuchende. Im Jahr 2024 stehen die SMsTRAs nach der Ankunft Tausender ukrainischer Geflüchteten und nichteuropäischer Asylsuchender in den letzten drei Jahren immer noch an vorderster Front der Flüchtlingsaufnahme. Infolge dieser Entwicklungen sind die SMsTRAs zu wichtigen Partnern in der mehrstufigen Steuerung der Migrantenintegration in der EU geworden. Ihre Erfahrungen sollten die nationale und EU-Politik vor Ort bereichern (siehe gemeinsamer Bericht der Kommission und der OECD, 2018³).

Die Art und Weise, wie SMsTRAs auf die Herausforderungen im Zusammenhang mit der Integration von Geflüchteten reagieren, ist daher entscheidend für die Zukunft der Integration von Migrant:innen in der EU. Allerdings wird in politischen Dokumenten der EU zur Integration (einschließlich des oben genannten Aktionsplans) nur sehr selten explizit auf SMsTRAs Bezug genommen. Auch aus Forschungssicht ist nur unzureichend untersucht, wie SMsTRAs auf die Herausforderungen der Integration von Migrant:innen reagieren.

¹Siehe Artikel 4 der VERORDNUNG (EU) 2024/1351 DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES vom 14. Mai 2024 über Asyl- und Migrationsmanagement, zur Änderung der Verordnungen (EU) 2021/1147 und (EU) 2021/1060 und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 604/2013

²<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=CELEX:52020DC0758>

³OECD, 2018, Gemeinsam für die lokale Integration von Migranten und Flüchtlingen (Paris: OECD Publishing).

Vor diesem Hintergrund hat das Forschungsprojekt **Whole-COMM die Integrationspolitik von Migrant:innen in 40 SMsTRA in acht EU-Ländern** ⁴detailliert analysiert. Dabei zeigte sich, dass Entwicklung einer eigenen **Integrationspolitik in der Mehrheit der analysierten SMsTRAs noch ganz am Anfang steht**. Einige SMsTRAs entwickelten Integrationspolitiken in **den zentralen Politikbereichen, die im Aktionsplan für Integration und Inklusion festgelegt wurden** – nämlich Sprachkurse, Gesundheitsversorgung, Arbeitsmarkt und Bildung –, aber die Umsetzung solcher Maßnahmen ist alles andere als einheitlich. Darüber hinaus wurden nur in sehr wenigen Orten Politiken entwickelt, die **die politische Teilhabe von Migrant:innen und interkulturelle Kommunikation in der lokalen Gemeinschaft fördern oder Diskriminierung entgegenwirken**. Diese Politikdimensionen sind aber von entscheidender Bedeutung für die langfristige Integration von Migrant:innen in die Aufnahmegesellschaft, wie in zahlreichen rechtlichen und politischen Dokumenten der EU und auf internationaler Ebene anerkannt wird. Darüber hinaus verabschiedeten nur **sehr wenige SMsTRAs eine konkrete Strategie zur Integration von Migrant:innen** mit spezifischen Begründungen, Zielen, Umfang und Vorgaben (wie im EU-Aktionsplan empfohlen). Diese Orte sind auch diejenigen, die inklusivere und besser artikulierte Integrationspolitiken entwickelten. Und schließlich konnten wir, von wenigen Ausnahmen abgesehen, nur sehr begrenzte Anstrengungen bei den SMsTRAs beobachten, die Umsetzung der Strategien und ihre Auswirkungen **zu evaluieren**.

Die Tatsache, dass die Richtlinien in den SMsTRAs weitgehend unterentwickelt sind, hat wohl negative Folgen für die Integrationsergebnisse und den sozialen Zusammenhalt von Migranten. **Die Ermittlung von Strategien zur Förderung der Entwicklung inklusiverer Integrationspolitiken in SMsTRAs erscheint daher von entscheidender Bedeutung**. Dies ist umso dringlicher, wenn man bedenkt, dass, wie Whole-COMM deutlich gezeigt hat, soziale Interaktionen zwischen Einheimischen und Geflüchteten auch mehrere Jahre nach deren Ankunft fehlen, der Zugang zu Wohnraum für Geflüchtete äußerst schwierig ist und die länger ansässige Bewohnerschaft dazu neigt, Migrant:innen als nicht gut integriert zu betrachten ⁵.

Ziel dieses Policy Briefs ist es, die spezifischen Faktoren zu identifizieren, die diese Situation in SMsTRA erklären, und konkrete politische Empfehlungen zur Überwindung dieser Herausforderungen zu formulieren.

⁴Vergleichende Arbeitspapiere finden Sie unter <https://whole-comm.eu/category/deliverables/working-papers/>

⁵Vergleichende Arbeitspapiere finden Sie unter <https://whole-comm.eu/category/deliverables/working-papers/>

ZENTRALE HINDERNISSE FÜR WIRKSAME POLITISCHE ANTWORTEN AUF DIE HERAUSFORDERUNGEN DER MIGRANTENINTEGRATION IN KMU

Whole-COMM-Analysen legen nahe, dass fünf Hauptfaktoren **die Entwicklung wirksamerer Integrationspolitiken in SMSTRAs behindern**.

1. Mangel an Kapazität, Finanzierung, Fachwissen und Ressourcen. Der Mangel an Kapazitäten in SMSTRAs ist bekannt und zeigt sich auch in anderen Politikfeldern. Anders als in größeren Städten **fehlen in SMSTRAs häufig kommunale Fachgremien für Integration**. In den meisten der analysierten Ortschaften ist keinem Mitarbeitenden der lokalen Verwaltung oder gewählten politischen Entscheidungstragenden formal eine spezielle Kompetenz für Integration zugewiesen (in mittelgroßen Städten mit mehr als 100.000 Einwohnern ist dies teilweise der Fall) und die Verantwortung für den Integrationsbereich wird (de jure oder de facto) an Personen delegiert, die für soziale Dienste zuständig sind. Darüber hinaus **haben diese Personen nur sehr selten eine spezielle Ausbildung** in integrationsbezogenen Fragen erhalten oder verfügen über Fachwissen.

2. Die Abkopplung der SMSTRAs von mehrstufigen Regierungsstrukturen erschwert die Breitenwirkung von Politik. Quantitative Daten zu Interaktionen mit politischen Entscheidungsträgern, die von Whole-COMM gesammelt wurden, weisen darauf hin, dass **SMSTRAs (immer noch) häufig auf sich allein gestellt agieren, trotz der im Aktionsplan für Integration und Inklusion formulierten Forderungen nach mehr mehrstufigen und mehrere Interessengruppen umfassenden politischen Prozessen**. Zwischen den Lokalregierungen in den SMSTRAs gibt es (wenn überhaupt) äußerst seltene Interaktionen mit der EU-Ebene im Zusammenhang mit der Integration von Migrant:innen, nur gelegentliche Interaktionen mit der nationalen Ebene und unregelmäßige (und häufig konfliktreiche) Beziehungen mit der Landesebene. Interaktionen zum Thema Integration zwischen verschiedenen SMSTRAs sind ebenfalls äußerst selten und Interaktionen mit ausländischen Standorten – die die Verbreitung guter Praktiken begünstigen könnten – finden so gut wie nicht statt. Sogar innerhalb von Kommunen sind die Interaktionen zwischen Lokalregierungen und wichtigen Interessengruppen häufig segmentiert und konfliktreich.

3. Das eingeschränkte Gewicht der SMSTRAs auf EU-Ebene. Die Beteiligung der SMSTRAs an politischen Debatten und Rahmenbedingungen auf EU-Ebene ist derzeit verschwindend gering. Supranationale politische Dokumente zur Integrationspolitik unterscheiden nicht zwischen Orten unterschiedlicher Größe (und auch nicht nach anderen Faktoren wie der wirtschaftlichen Entwicklung oder der demographischen Situation) und liefern nur sehr selten Beispiele aus SMSTRAs. Die verschiedenen transnationalen Netzwerke und Foren zur Integration auf EU-Ebene beziehen die lokalen Behörden entweder überhaupt nicht ein oder beziehen lediglich große Städte ein (oder werden von ihnen geleitet) und diskutieren nur sehr selten die Bedürfnisse und

Herausforderungen, mit denen die SMsTRAs konfrontiert sind ⁶. **Aufgrund dieser mangelnden Aufmerksamkeit für SMsTRAs wird die lokale Ebene zu einer einheitlichen Kategorie in den politischen Debatten und Rahmenbedingungen der EU.** Daher tendiert die EU-Ebene, obwohl sie die Rolle der lokalen Ebene betont, dazu, ihre Politik an den Realitäten größerer Städte und Metropolen auszurichten.

4. Lokales Verständnis von Verantwortung für die Integration von Migranten Wir haben über 500 öffentliche und nicht-öffentliche Akteure, die in SMsTRAs an der Integration von Migranten arbeiten, gebeten, Integration von Migrant:innen zu definieren und anzugeben, wer dafür verantwortlich sein sollte. **44 Prozent unserer Befragten antworteten, dass in erster Linie Migrant:innen selbst für ihre Integration in die lokale Gemeinschaft verantwortlich sind.** Die verbleibenden 56 Prozent gaben an, dass auch Institutionen, Nachbarn oder andere gesellschaftliche Akteure für die Integration von Migranten verantwortlich sind. Nur 11 Prozent der Befragten verstehen Integration als eine politische Angelegenheit, die ein Eingreifen der gesamten Gemeinschaft (d. h. Migrant:innen, Einheimische, Institutionen und andere gesellschaftliche Akteure) erfordert, wie es im Einklang mit dem oben erwähnten Aktionsplan der EU wäre. Das Verständnis, dass Migranten selbst für ihre Integration verantwortlich sind, steht im Widerspruch zur Definition der EU von Integration als wechselseitigem Prozess oder gegenseitigem Lernen und Aufeinander Einlassen von Neuankömmlingen und langjährigen Bewohnern und stellt eindeutig ein Hindernis für mehr Initiativen lokaler Akteure im Bereich der Integrationspolitik dar.

5. Die Politisierung der Integrationspolitik. Unsere Ergebnisse legen nahe, dass **politische Faktoren wie die politische Zugehörigkeit lokaler Führungskräfte und der Anteil der Sitze, die einwanderungsfeindliche Parteien in den Kommunalräten innehaben, eine entscheidende Rolle bei der Beeinflussung lokaler Politik und der politischen Interaktion spielen, die lokale Regierungen mit anderen lokalen Interessengruppen und Regierungen auf höherer Ebene entwickeln.** Mitte-links geleitete Kommunalregierungen und lokale Regierungen, in denen einwanderungsfeindliche Parteien keine Sitze im Kommunalrat innehaben, entwickeln tendenziell mehr Integrationspolitiken und interagieren häufiger und kooperativer mit anderen Interessengruppen. Bemerkenswert ist, dass wir lokale politische Entscheidungsträger bitten, die Bedeutung einer breiten Palette von Faktoren zu bewerten, die ihre Entscheidungen zur Entwicklung (verschiedener Arten von) Integrationspolitiken beeinflussten. Als drei Faktoren, die als **die einflussreichsten auf die Politikgestaltung genannt wurden, waren die Werte und Ideen der politischen Entscheidungsträger, die öffentliche Meinung und der Austausch oder Druck seitens der politischen Parteien, die die lokale Exekutive unterstützen.**

6. Wahrnehmung der öffentlichen Meinung durch politische Entscheidungsträger . Die Ergebnisse unserer Umfrage zur öffentlichen Meinung zur Integration von Migranten **widerlegen die Vorstellung, dass Einwohner von SMsTRAs eine negativere Einstellung zur Integration von Migranten haben als Einwohner von Großstädten** . Darüber hinaus legen sie nahe, dass Menschen,

⁶Weitere Einzelheiten finden Sie im WP3 Policy Brief unter: <https://whole-comm.eu/category/deliverables/policy-briefs/>

die in Städten leben, mehr Spannungen und Feindseligkeit in den Beziehungen zwischen Nicht-EU-Migranten und Einheimischen wahrnehmen. Bemerkenswerterweise stellten wir auch relativ **wenig Widerstand unter den Einheimischen gegen weiter entwickelte Integrationsmaßnahmen in SMSTRAs** fest (mehr als die Hälfte der Befragten unterstützt solche Maßnahmen, nur 21 Prozent der Befragten sind überzeugt gegen solche Maßnahmen). Trotzdem **nehmen lokale politische Entscheidungsträger in SMSTRAs die öffentliche Meinung gegenüber Nicht-EU-Migranten oft als eher oder sehr feindselig wahr**, und wie bereits erwähnt, stellt die öffentliche Meinung einen Schlüsselfaktor dar, der die Entscheidungen der politischen Entscheidungsträger zur Entwicklung von Integrationsmaßnahmen beeinflusst. **Diese Wahrnehmung, dass Einheimische Integrationsmaßnahmen vehement ablehnen – weitgehend losgelöst von objektiven Daten aus unserer Umfrage – stellt ein weiteres wichtiges Hindernis dar, das die Entwicklung von effektiven politischer Maßnahmen in SMSTRAs verhindert.**

POLITISCHE EMPFEHLUNGEN

Nachfolgend stellen wir einige politische Empfehlungen für die Kommission zur Überwindung der in Abschnitt 2 beschriebenen spezifischen Hindernisse dar.

Insgesamt empfehlen wir der Kommission, die **Umsetzung des Aktionsplans für Integration und Inklusion weiter voranzutreiben**. Darin werden wichtige Aktionen und Maßnahmen zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und der Inklusion sowie insbesondere Maßnahmen auf lokaler Ebene beschrieben. Da der Plan jedoch nicht speziell auf die Realitäten und Herausforderungen der SMSTRAs ausgerichtet ist, halten wir **die folgenden zusätzlichen gezielten Maßnahmen für erforderlich, um die Integration und Inklusion in den SMSTRAs zu fördern** und die SMSTRAs in die Lage zu versetzen, **direkt** wirksamere Antworten auf lokale Herausforderungen im Zusammenhang mit der Integration von Migranten zu entwickeln.

1) Die Isolation von SMSTRAs überwinden.

- Die Kommission sollte **den Geltungsbereich der bestehenden Mehrstufigen Koordinierungsmechanismen** speziell für die SMSTRAs oder die Schaffung spezifischer Plattformen zur Förderung der Beteiligung lokaler politischer Entscheidungsträger der SMSTRAs (und nicht nur der Großstädte) an der Gestaltung von Strategien und Maßnahmen zur Integration von Migrant:innen anpassen.
- Veranstaltungen, Foren und Netzwerke auf EU-Ebene zur Integration von Migrant:innen – und andere Initiativen zur Förderung gegenseitigen Lernens und der Verbreitung bewährter Praktiken – sollten häufiger die lokalen Regierungen der SMSTRAs einbeziehen. Zusätzliche Anstrengungen sollten unternommen werden, um **sicherzustellen, dass lokale politische Entscheidungsträger nicht nur eingeladen, sondern auch Voraussetzungen für die Teilnahme geschaffen werden** (z. B. Bereitstellung von Übersetzungsdiensten, Bereitstellung von ausreichendem Material

zur Begründung der Teilnahme an diesen Veranstaltungen , Übernahme der Reisekosten usw.).

- Neben der Kommission sollten auch andere EU-Institutionen darauf achten, dass bei diesen Veranstaltungen, in Foren und Netzwerken der EU-Politikgestaltung zur Integration von Migrant:innen **die Bedürfnisse und Möglichkeiten von SMSTRAs berücksichtigt und diskutiert werden.**
- Obwohl im Aktionsplan für Integration und Inklusion manchmal von „ländlichen Gebieten“ die Rede ist (z. B. S. 16), empfehlen wir, dass die oben genannten Koordinierungsmechanismen, Veranstaltungen, Foren und Netzwerke sich auch **explizit an Mittelstädte und Kleinstädte richten.** Diese haben oft andere Bedürfnisse und Herausforderungen als Großstädte und ländliche Gebiete.
- Im Einklang mit dem Aktionsplan für Integration und Inklusion (S. 16) empfehlen wir der Kommission, eine **Förderung der Partnerschaft mit dem Ausschuss der Regionen, insbesondere mit der Plattform für die Integration von Migranten,** sowie mit bestehenden städtischen Netzwerken, an denen SMSTRAs beteiligt sind, um die oben genannten Ziele zu erreichen.

2) Überwindung der Marginalität von SMSTRAs in aktuellen Finanzierungsprogrammen auf EU-Ebene und zusätzliche gezielte Anstrengungen, um den Zugang von SMSTRAs zu bestehenden EU-Mitteln zu verbessern.

- Auf lange Sicht empfehlen wir der Kommission, eine Umstrukturierung des Asyl- und Migrationsintegrationsfonds (AMIF) in Betracht zu ziehen, um im Rahmen der Unionsmaßnahmen ein **separates politisches und finanzielles Schema für Großstädte einerseits und SMSTRAs andererseits zu entwickeln .**
- Kurzfristig empfehlen wir der Kommission, **bestehende Maßnahmen für SMsTRA anzupassen, zu differenzieren und** spezifische Unterstützungs- und Finanzierungsmechanismen im Rahmen der AMIF-Maßnahmen der Union auf **Orte unterschiedlicher Größe zuzuschneiden .** Dasselbe gilt für andere EU-Fonds, die für integrationsbezogene Initiativen genutzt werden können (z. B. ESF+, EFRE). Gleichzeitig könnte die Kommission in Erwägung ziehen, die Mitgliedstaaten, die für die Verwaltung der 60 % der verfügbaren AMIF-Mittel verantwortlich sind (KOM(2018) 471 endgültig ⁷, aufzufordern, ausdrücklich eine Strategie zur Integration von Migranten in SMsTRA zu entwickeln.
- Die Kommission sollte sich bemühen, **die lokalen Regierungen der SMsTRAs über verfügbare Finanzierungsmöglichkeiten zu informieren** und ihnen die Teilnahme an verfügbaren Finanzierungsprogrammen, insbesondere am AMIF, zu erleichtern. Möglicherweise könnte dem „Toolkit zur Verwendung von EU-Mitteln für die Integration

⁷https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/budget-may2018-Asyl-Migrationsfonds-Verordnung_de.pdf

von Menschen mit Migrationshintergrund“ ein Anhang hinzugefügt werden, ⁸der speziell auf SMSTRAs abzielt und diesen Kommunen spezifische Anleitungen bietet.

- Die Kommission sollte **die Einrichtung eines speziellen Büros für technische Unterstützung in Erwägung ziehen**, das als eine Art „Helpdesk“ für die SMSTRAs dienen könnte. Ein solches Büro könnte Informationen über Finanzierungsmöglichkeiten und die Verwaltung von EU-Mitteln bereitstellen und sogar Experten für bestimmte Bereiche oder die Förderung von Partnerschaften zwischen den SMSTRAs zur Verfügung stellen. Als Vorbild für ein solches Büro könnte das TAIEX-Büro dienen, das zur Vorbereitung der Kandidatenländer auf ihren Beitritt zur EU eingerichtet wurde.
- Die Kommission sollte insbesondere **Anreize für Austausch von Informationen, Ressourcen und Kapazitäten** zwischen Großstädten und kleinen Ortschaften schaffen. Dies könnte erreicht werden, indem gemischten Gruppen von Städten und kleinen Ortschaften Anreize für die Teilnahme an bestehenden Finanzierungsprogrammen geboten werden.
- Die Kommission sollte die Mitgliedstaaten auffordern, dafür zu sorgen, dass Vertreter der lokalen Regierungen der SMSTRAs aus verschiedenen Teilen des Landes an der **Vorbereitung, Überarbeitung, Umsetzung und Überwachung der Programme für künftige AMIF- Fonds beteiligt werden**.

3) Überwindung von Herausforderungen im Zusammenhang mit dem Verantwortungsverständnis von politischen Entscheidungsträgern und Interessenvertretern hinsichtlich der Integration von Migrant:innen.

- Die Kommission sollte **Kampagnen organisieren, die sich an kommunale politische Entscheidungsträger und Interessenvertreter richten, um in den SMSTRAs die EU-Konzeptualisierung der Integration als wechselseitigen Prozess** des gegenseitigen Lernens und der Anpassung zwischen Neuankömmlingen und langjährigen Bewohnern zu fördern. Möglicherweise könnten solche Bemühungen im Rahmen von Initiativen/Kampagnen/Schulungen **mit einem breiteren thematischen Fokus entwickelt werden** (z. B. mit Fokus auf lokale Beamte, die für soziale Angelegenheiten zuständig sind, mit einem Schwerpunkt auf der Bewältigung gesellschaftlicher Veränderungen oder lokaler Veränderungen der Bereitstellung sozialer Dienste), um auch politische Entscheidungsträger anzusprechen, die keine spezifische Kompetenz/kein spezifisches Interesse an Migrationsfragen haben. Auch hier könnte eine Partnerschaft mit städtischen Netzwerken (z. B. dem RGRE) entscheidend sein, um dieses Ziel zu erreichen.
- Wir empfehlen, die Erfahrungen der **Urban Academy on Integration Strategies**, die im Rahmen der Urban Agenda für die EU eingerichtet wurde, weiterzuentwickeln und auszubauen und sich über ihre Vertretungsorganisationen gezielt an politische Entscheidungsträger der SMSTRAs zu wenden.

⁸https://migrant-integration.ec.europa.eu/library-document/toolkit-use-eu-funds-integration-people-migrant-background-2021-2027-programming_en

4) Bewältigung der Herausforderungen im Zusammenhang mit der Politisierung der Integrationspolitik.

- Wir empfehlen der Kommission, **Initiativen zu fördern, die darauf abzielen, eine Entpolitisierung des Integrationsthemas** in SMsTRAs auf der Ebene der öffentlichen Meinung, **Verbesserung der sozialen Interaktionen zwischen Anwohnern und Migranten zu erreichen** ⁹. Statt Ad-hoc-Initiativen könnten gezielte Mittel (z. B. im Rahmen der AMIF-Unionsaktionen) für zivilgesellschaftliche Gruppen und Migrant*innenorganisationen bereitgestellt werden, die möglicherweise bereit sind, Initiativen zur Förderung der Interaktion zwischen Einheimischen und Anwohnern zu entwickeln. Von den Antragstellern könnte verlangt werden, nachzuweisen, dass die geplanten Initiativen neben den bereits engagierten Personen auch auf die „schweigende“ oder gleichgültige Mehrheit in der Gemeinschaft abzielen.
- Wir empfehlen die Entwicklung von **Kampagnen oder Initiativen, die sich an die Bürger:innen** in SMsTRAs richten und die Idee der Integration als Chance zur Gemeinschaftsbildung fördern, den Bewohnern Informationen über Migration bieten und die Einheimischen für die Chancen sensibilisieren, die mit einer besseren Integration von Migranten verbunden sind. Whole-COMM hat ein spezielles Format von „**Stadtrundgängen zum Thema lokale Veränderungen**“ entwickelt ¹⁰, das in vier Ortschaften umgesetzt wurde, ein breites Publikum anzog und die Einheimischen erfolgreich für migrationsbezogene Herausforderungen sensibilisierte. NGOs könnten Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden, um Initiativen dieser Art zu entwickeln, mit dem Ziel, das Migrationsthema in SMsTRAs zu entpolitisieren. Insbesondere in schrumpfenden SMsTRAs sollten die praktischen Vorteile der Migration hervorgehoben werden (z. B. Vermeidung von Schulschließungen).
- Da Kommunen mit konservativerer politischer Ausrichtung möglicherweise immer noch eher zögerlich sind, sich an Initiativen dieser Art zu beteiligen, könnten die politischen Entscheidungsträger der EU die Einführung von Mechanismen in Erwägung ziehen, um die widerständigeren Kommunen durch gezielte Anreize **zum Handeln zu bewegen**.

5) Überwindung von Herausforderungen im Zusammenhang mit der negativen Wahrnehmung der öffentlichen Einstellung zur Migration durch politische Entscheidungsträger .

- Lokale politische Entscheidungsträger sollten mit **faktenbasierten Informationen über die öffentliche Einstellung** zur Migration und ihren Ursachen versorgt werden. Dies könnte weitverbreitete Mythen über die öffentliche Meinung entlarven und politischen Entscheidungsträgern eine fundiertere Sicht der Angelegenheit ermöglichen. Auch hier könnten Partnerschaften zwischen der EU und bestehenden europäischen und nationalen Netzwerken von SMSTRAs eine Schlüsselrolle spielen.

⁹Unser vergleichendes Arbeitspapier zu WP5 finden Sie unter <https://whole-comm.eu/category/deliverables/working-papers/>

¹⁰Unser vergleichendes Arbeitspapier zu WP5 finden Sie unter <https://whole-comm.eu/category/deliverables/working-papers/>

- Die Kommission sollte **Forschungsarbeiten fördern**, die darauf abzielen, **geeignete Kommunikationsstrategien zu identifizieren und zu testen, mit denen politische Entscheidungsträger** auf Bedenken hinsichtlich der negativen Auswirkungen von Migrant:innen auf die Aufnahmegesellschaften reagieren können. Im Rahmen der AMIF-Maßnahmen der Union könnten spezielle Mittel für diese Art von Forschung bereitgestellt werden.
- 6) Ermutigen Sie die lokalen Regierungen der SMSTRAs, eigene Integrationsstrategien zu entwickeln.**
- Die Kommission sollte die Mitgliedstaaten dazu ermutigen, von den lokalen Regierungen die Entwicklung lokaler **Integrationsstrategien zu verlangen** (wie im EU-Aktionsplan für Integration und Inklusion empfohlen) und **einzelnen lokalen Beamten oder Stellen spezifische Kompetenzen in Integrationsfragen zu übertragen** (auch ohne spezielle Mittel).
 - Wir empfehlen die Entwicklung von **Online-Schulungen** die politischen Entscheidungsträgern und Interessenvertretern von SMSTRAs zur Verfügung gestellt werden könnten, damit sie Wissen über Migration, Integration von Migranten und die Vorteile und Chancen erwerben, die mit der Entwicklung lokaler Integrationsmaßnahmen verbunden sind. Solche Schulungen könnten breiter angelegt werden, um politische Entscheidungsträger mit breiteren Kompetenzen/Interesse an Sozialpolitik anzusprechen.
- 7) Fördern Sie die Erfassung von Daten auf lokaler Ebene zu den Ergebnissen der Integration von Migrant:innen (und von Daten zu umgesetzten lokalen Strategien) und unterstützen Sie die Überwachung bestehender politischer Maßnahmen und Interventionen.**
- EUROSTAT und die nationalen Statistikämter sollten die Erhebung genauer Daten über die Ergebnisse und Praktiken der Integration auf lokaler Ebene **fördern und finanzieren**. In den meisten EU-Ländern fehlen Daten auf lokaler Ebene, und die lokalen Regierungen verfügen nicht über die Ressourcen, um diese Daten zu erheben, die für die Entwicklung wirksamer und solider politischer Maßnahmen von entscheidender Bedeutung sind.
 - Die Kommission und andere EU-Institutionen (JRC, Eurostat) sollten **die Verfügbarkeit und Zugänglichkeit der wenigen vorhandenen Daten** zur Migrantenpräsenz und den Integrationsergebnissen auf lokaler Ebene verbessern.

DANKSAGUNG

Die Autoren möchten Peter Bosch für sein sehr hilfreiches Feedback zu einer vorläufigen Version dieses Policy Briefs sowie allen Mitgliedern des Whole-COMM-Konsortiums danken.

PROJEKTIDENTITÄT

- Koordinatorin: Tiziana Caponio, Collegio Carlo Alberto, Turin, Italien , info@whole-comm.eu
- Förderprogramm : H2020 -SC6-MIGRATION-2020
- Dauer: Januar 2021 – Juni 2024 (24 Monate).
- Website: whole-comm.eu
- Soziale Medien: [Whole COMM Migration](#) (Facebook) – [Whole-COMM](#) (Instagram) – [Whole-Comm Project](#) (Twitter)
- Projektpartner:

